

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung Canadas, erscheint jeden Donnerstag in Münster, Sask., und kostet bei Vorauszahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00 In Ver. Staaten u. Ausland, \$2.50 Einzelne Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu 1.00 Dollar pro Zoll einseitig für die erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für nachfolgende Einrückungen.

Zusatzanzeigen werden zu 20 Cents pro Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erstklassige katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.



Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Sten + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Sten + Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

18. Jahrgang, No. 33. Münster, Sask., Donnerstag den 29. September 1921. Fortlaufende No. 917.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Thursday at Münster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION: \$2.00 per year, payable in advance. \$2.50 to the United States and abroad. Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES: Transient advertising \$1.00 per inch for first insertion, 50 cents per inch for subsequent insertions. Reading Notices 20 cents per count line. Display advertising \$2.00 per inch for 4 insertions, \$20.00 per inch for one year. Discount given on large contracts. Legal Notices 12 cts. per agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuitable to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Die deutsche Reichsregierung soll, wie in Berlin verlautet, die Absicht haben, die Entente um eine Abänderung der Entschädigungs-Bedingungen zu ersuchen, wenn der jetzige Plan der deutschen Bank- und Industrie-Kreise für die Aufbringung einer Milliarden Mark Gold für die nächste Abschlagszahlung nicht gelingen sollte. Man sagte sich in amtlichen Kreisen, heißt es, ein wirtschaftlicher Zusammenbruch des deutschen Reiches würde für die Ententeländer weit schlimmer sein, als eine Revision der Entschädigungs-Bedingungen. Vertreter von New Yorker Banken, mit denen Kanzler Wirth letzte Woche verhandelt hat, haben diesem angedeutet die riesigen neuen Steuern, die er plant, müßten unbedingt die Amerikaner davon abhalten, Geld in Deutschland anzulegen oder diesem Kredite zu geben. In Kreisen, die in der Regel gut unterrichtet sind, erhält sich das Gerücht, Dr. Rathenau und Loucheur, die beiden Wiederaufbau-Minister, seien in ihrer letzten Konferenz in Wiesbaden zu einem Einvernehmen über ein Zusammengehen der deutschen und der französischen Industrie gekommen, das eine allmähliche Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen solle, wenn es Ministerpräsident Briand gelinge, den Widerstand der französischen Militärs zu brechen. Es heißt weiter, die Konferenz in Wiesbaden habe die Wirkung gehabt, daß die Gesandten der Engländer, die eine Zeitlang offenkundig Deutschland begünstigten, wieder ziemlich abgekühlt worden seien, und Deutschland stehe jetzt vor der prinzipiellen Wahl, ein Einvernehmen mit Frankreich zu finden oder sich mit England zu verfeinden. Wirth und Rathenau sollen zu Frankreich, Dr. Rosen, der Minister des Auswärtigen, zu England und den Ver. Staaten hinneigen.

Die deutsche Regierung hat den Personen, die in der deutschen Botschaft in Washington angestellt sein werden, die vorläufige Bewilligung erteilt, sich darauf vorzubereiten, daß sie in vier Wochen die Reise anzutreten haben. Es werden dann gleich darauf Botschaftsrat Forstmann und Legationssekretär Dr. Reiser folgen. Forstmann wird den Rang, aber nicht den Titel eines Geschäftsträgers haben bis der Botschafter ernannt und in Washington eingetroffen ist. Er ist der Schwiegersohn des Bankiers Schwabacher, der als einer der reichsten Bankiers Deutschlands gilt. Ein Grund für Forstmanns Ernennung ist, daß er über große Mittel verfügt (sodas er auf seinen Gehalt, \$1000 in amerikanischem Gelde, nicht angewiesen ist. Dr. Reiser ist der Sohn eines Reichstagsabgeordneten. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Ver. Staaten wurde am 17. September vom Reichsrat (der dem amerikanischen Senate ähnlich ist) ratifiziert.

Der Streit zwischen Nord- und Süddeutschland ist in ein neues Stadium getreten. Bayern hat den Reichsrat um ein neues Geleitzrecht, durch welches die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten und der Reichsregierung für Einmischung in die innere Angelegen-

heiten der Staaten beschränkt würden. Bayern verlangt auch seinen eigenen Präsidenten. Bisher waren dieses Amt und der Posten des Premierministers verbunden. Die Berliner Regierung hat soweit in ihrem Bemühen, ihre schwindende Autorität durch Verbote aufrecht zu erhalten, 22 radikale und konservative Zeitungen auf kürzere oder längere Zeit unterdrückt.

Von unterrichteter Seite wird in Berlin mitgeteilt, daß die Zahl der beschäftigungslosen Arbeitskräfte in Deutschland zurzeit auf rund 100,000 zurückgegangen sei, während sie in den Ver. Staaten sechs, in England drei Millionen betrage. Der Leiter einer der größten Banken Berlins bezeichnet dies als die Rache des Kriegs an den Siegern, die versuchten, Deutschland nicht nur politisch und militärisch, sondern auch wirtschaftlich zugrunde zu richten, worunter nach der Natur der Sache alle Länder zu leiden hätten.

Nach der „Münchener Staatszeitung“ dürften zwei oder drei Wochen vergehen, ehe an Stelle des unlängst zurückgetretenen Ministeriums von Raab ein neues Kabinett gebildet werden kann. Das Blatt weist darauf hin, daß zuerst der Landtag einberufen werden muß, daß weiter die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die strittigen Punkte zwischen ihr und Bayern fortgesetzt werden müssen, und endlich, daß zwischen den verschiedenen Parteien eine Einigung bezüglich einer politischen Kombination zur Unterstützung der neuen Regierung zu erfolgen hat. Diese Erklärung bekräftigt die Ansicht gewisser Berliner Kreise, daß die Konservativen Bayerns darauf bedacht sind, die Zeit der Ungevoßlichkeit in der Hoffnung zu verlängern, von Raab wieder zur Macht zurückbringen zu können.

Am 19. Sept. In dem hier tagenden internationalen Freihandelskongresse sind weder Frankreich noch Belgien vertreten. Die beiden Länder haben die an sie ergangenen Einladungen zur Beteiligung abgelehnt, weil Vertreter Deutschlands zugegen sind. Die Beteiligung ist eine sehr rege und auch die Ver. Staaten haben Vertreter zur Stelle.

Kalkut. Berichte aus Kalkut, einer Distriktstadt 25 Meilen östlich dieser Stadt, melden, der Häuptling Rahnammad habe durch die Distrikte Urad und Balluward einen unabhängigen mohammedanischen Königreich gebildet. Diese beiden Distrikte liegen in dem Hügelland zwischen den Distrikten Malabar und Mysore. Während der Rebellion von Hyder Ali, die im Jahr 1774 begann und unter Hyder Alis Sohn Tippu Sahib fortgesetzt wurde, waren diese beiden Distrikte das Bollwerk der hindostanischen Insurgenten, bis es endlich im Jahr 1799 gelang, den Wirren ein Ende zu machen.

Riga. Eine aus Moskau hier eingetroffene Depesche meldet, daß die offiziellen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland am 19. Sept. wieder aufgenommen wurden, als der Vertreter Deutschlands, Professor Wiedenfeldt, Kalinin, dem Vorsitz der Sowjet-Zentral-Komitees, seine Beglaubigungspapiere, und Nikolai Lenin, dem Präsidenten der allrussischen zentralen Exekutivkomitees, im Kreml eine Rote überreichte. Professor Wieden-

Zum Feste des hl. Erzengels Michael.

Sanct Michael, erprobter Held, Als Fürst der Engel aufgestellt Vom höchsten Gott, zu dessen Ehr' Du schlugst den Satan und sein Heer; Dir übergeb' ich Hab und Gut; Nimm gnädig mich in deine Hut!

Ich Satan doch bei Tag und Nacht Auf mein Verderben nur bedacht. Er stellt mir nach aus Haß und Neid, Weil ich zu jener Seligkeit, Die er verlor durch seine Schuld, Berufen bin durch Gottes Huld.

O halte Du denn treue Wacht Zu meiner Seit', bei Tag, bei Nacht, Jamal im letzten Streit, im Tod, Da emige Verdammnis droht. Wenn vor des Satans List und Wut Erschlaffen will des Kampfes Mut!

denfeldt und Kalinin hielten Ansprachen, in denen sie die Ueberzeugung aussprachen, daß ein inniges Zusammenarbeiten der zwei Länder bevorstehe, und die beiden dadurch zur Blüte gelangen würden. Paris. Im Ministerrat teilte Landwirtschaftsminister Lefebvre mit, daß der Ertrag der Getreideernte sich auf ungefähr 87 Millionen Meterzentner belaufen werde, einschließlich der 2 Millionen Meterzentner aus Elsaß-Lothringen. Der Ertrag stelle einen noch nie dagewesenen Durchschnitt von 16.4 Meterzentner pro Hektar dar.

Tausenden von Elshäffern ist ein Plebiszit-Prospekt zugegangen in welchem sie erlucht werden, zu erklären, ob sie anstatt zu Frankreich lieber zu einem neutralen Staat, wie der Schweiz, gehören, oder ihre eigene Autonomie haben wollen. Das letztere eventuell unter dem Schutz von England, das für Elsaß-Lothringen ein günstiges Auswahlfeld bieten würde, wie es jetzt nicht mehr vorhanden ist. Die Antworten sollen an den Generalsekretär der Völkerliga nach Genf geschickt werden; in dem Prospekt heißt es, daß, falls die französischen Behörden gegen ein solches Plebiszit Maßnahmen ergreifen sollten, man sie sofort der Regierung von England und der Ver. Staaten denunzieren werde.

Genf. Der Völkerbund hat drei neue Mitglieder erhalten, Estland, Lettland und Litauen. Die Völkerbundversammlung stimmte am 19. September über ihre Aufnahme ab. In der Sache Estlands wurde keine ablehnende Stimme abgegeben. Die Delegaten Jugoslawiens und Tschechoslowakiens waren abwesend. Auch Lettland wurde einstimmig aufgenommen, aber zehn Staaten, darunter Jugoslawien, stimmten nicht. Bei der Abstimmung über Litauen waren die polnischen Delegaten abwesend. Die tschechoslowakischen und französischen Delegaten enthielten sich der Stimmabgabe.

Berlin. Staatsrat von Wolf, der bayerische Vertreter im Reichsrat, welcher den Friedensvertrag zwischen den Ver. Staaten und Deutschland ratifizierte, erklärte, die bayerische Regierung habe der Ratifizierung unter der Voraussetzung zugestimmt, daß die Erklärung, Deutschland sei für den Krieg verantwortlich, welche im Versailler Frieden enthalten ist, nicht erneuert würde.

Die Todesstrafe droht Schiefern und Profitgeiern und solchen, welche Nahrungsmittel in

Dir, heil'ger Engel, ist bekannt, Wie gierig er durchzieht das Land Voll Schlangenlist und Löwenwut, Und daß er nimmer rast, noch ruht, So lang er auf dem Erdenplan, Noch eine Beute finden kann.

Dein starker Arm, o großer Held, Tragt jeder Macht der finstern Welt. Jeß hältst die Hand Du an dem Speer Im Kampf für Deines Gottes Ehr'; Kein Dämoß kann Dir widersteh'n, Dir wird ja Kraft aus Himmelshö'n.

unvergleichlicher Weise von Deutschland ins Ausland schicken, um höhere Profite zu erlangen. Eine darauf abzielende Resolution ist von den nichtsozialistischen Parteien im bayerischen Landtag eingereicht worden. In der Resolution wird die bayerische Regierung angegangen, die Reichsregierung zu bestimmen, für die Annahme einer Gesetzesvorlage im Reichstag einzutreten, welche die Todesstrafe für jene vorsehen würde, die Nahrungsmittel über die Grenzen des Reiches senden, um dort angehöflich der höheren Valuta größere Profite zu erzielen. In der Resolution wird geltend gemacht, das stetige Steigen des Lebensunterhalts habe seinen Grund darin, daß viele Schieber Lebensmittel, die im Reich so sehr benötigt seien, ins Ausland verkauft.

Zum neuen Ministerpräsidenten in Bayern wurde Graf Verchenfeldt erwählt, wie am 22. Sept. berichtet wird. Der Radjohler v. Raab ist mit einer Amerikanerin verheiratet. Seine Erwählung wird als ein Sieg der Berliner Regierung betrachtet.

Warschau. Bischof, der Präsident von Polen, hat, wie aus Moskwa berichtet wird, dem Sowjetvertreter in Warschau ein Ultimatum übersandt, in dem er droht, die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland abzubrechen, wenn nicht Rußland sofort bezw. bis zum 5. Okt. alle seine Verpflichtungen aus dem Rigaer Frieden erfülle. (Schon seit einiger Zeit sind die Beziehungen zwischen Polen und Rußland sehr gespannt; ein Land wird dem andern vor, die Bestimmungen des Rigaer Friedens nicht auszuführen. Besonders hat es die Polen erbittert, daß die Russen und besonders die Mitglieder der Sowjet-Gesandtschaft offen und systematisch kommunistische Propaganda in Polen treiben, entgegen ihrem Versprechen.)

Wien. Ungarn ignoriert das Ultimatum der Alliierten, Westungarn zu räumen und an die Oesterreicher zu übergeben, um demobilisierte Truppen, um dem alliierten Verlangen Gewalt gegenüberzustellen. Nicht nur an der österreichischen, sondern auch an der jugoslawischen Grenze marschieren ungarische Truppen auf. Die Alliierten drohen bei weiterem Widerstand Ungarns mit einer wirtschaftlichen Blockade, verstärkt durch militärische Maßnahmen.

Wegen Unzufriedenheit mit den von der Regierung bewilligten Lohnzulagen traten alle österreichischen Bahnangestellten in den Aus-

stand, und alle Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Rom. In Rom ist infolge eines Wollensbruchs mit schwerem Hagel die unerträgliche Hitze plötzlich einer empfindlichen Kühle gewichen. Der Hagel bedeckte an einzelnen Stellen die Straßen sechs Zoll und das Dach des alten St. Geist-Hospitals, das aus dem 16. Jahrhundert stammt, wurde von dem Gewicht der Hagelkörner eingedrückt, was die Kranken in großen Schrecken versetzte. Unter den Kellern, die überflutet wurden, sind auch jene des Vatikans. In dem niedrig gelegenen ärmsten Viertel der Stadt, bei der Porta Metronia, sind die Häuser von Wasser eingeschlossen und die Bewohner von der Außenwelt abgeschnitten. Mehrere Kinder sollen ertrunken sein.

Furchtbare Explosion in der Rheinpfalz, Deutschland.

Über 1000 Tote! Ungeheurer Materialschaden.

Maia. Die Fabrik der Badischen Anilin-Werke in Oppau bei Frankenthal in der Rheinpfalz wurde am 21. Sept. morgens durch eine Reihe von gewaltigen Explosionen zerstört und eine riesige Menge Menschen sind dabei umgekommen. Der ganze Ort Oppau, der nahezu 5000 Einwohner zählte, liegt in Trümmern, und unter denselben befinden sich viele Hunderte von Toten und Verletzten. Die erste Explosion erfolgte kurz vor 8 Uhr, als die Arbeitsschichten wechselten, in einem Laboratorium. Das Gebäude flog in die Luft und wie es heißt, entkam nicht eine einzige der 800 Personen, die sich darin befanden. Die Explosionen waren so heftig, daß die Erschütterung in dem 35 Meilen entfernten Mainz verspürt wurden, während in Mannheim, 3 Meilen entfernt, mehrere Personen durch Trümmerstücke, die bis dahin geschleudert worden waren, getötet und 36 verwundet wurden, und alle Fenster zerschmettert wurden. Auch in Ludwigshafen, gegenüber Mannheim, kamen Leute um, und in Worms wurden Dächer abgedeckt und viele Fenster durch den Luftdruck zerbrochen. Selbst in dem 49 Meilen entfernten Frankfurt zerprangen Fensterscheiben. Die ganze Gegend war nach den Explosionen in dichten Rauch eingehüllt, und da die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit den Nachbarorten unterbrochen worden waren, so war es unendlich schwierig, nähere Einzelheiten über die Katastrophe in Erfahrung zu bringen. Von allen Seiten wurden Feuerwehbrigaden nach der Unglücksstätte geschickt, aber die angerichtete Zerstörung war derart, daß die Rettungs- und Böhlarbeiten außerordentlich schwierig waren.

Bis zum 22. Sept. mittags waren 850 Leichen aus den Trümmern gezogen worden, und 2500 Personen haben ärztliche Behandlung wegen Verletzungen erhalten. Die deutschen und französischen Behörden leiten die Rettungsarbeiten in vollem Einverständnis. Soldaten der französischen Besatzungsarmee halfen den Deutschen bei der Beseitigung der Trümmer und der Suche nach Toten und Verletzten. Französische Truppen aus Ludwigshafen halten die Ordnung aufrecht. Der französische Kommissär hat dem

Arbeiterverband 75,000 Mark zur Unterbrechung der Not unter den betroffenen Familien gegeben. Gen. Degoutte, der französische Kommandant, hat Befehl gegeben zur Verteilung von Speisen an die Familien der Opfer und den Sanitätsstab der Truppen nach Oppau geschickt. Die Behörden haben eine Untersuchung zur Feststellung der Ursache der Katastrophe angeordnet.

Berlin. Am 22. Sept. wurde eine besondere Kabinettsitzung abgehalten, wo Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Oppauer Katastrophe besprochen wurden. Arbeitsminister Brauns begab sich an die Unglücksstätte. — Neun große Gasbehälter von je 50,000 Kubikmeter Fassung sind als Folge der Explosion vollständig zerstört worden. Landwirte, die zwei Meilen von Oppau im Felde arbeiteten, wurden durch den Luftdruck getötet. Die Feststellung der Opfer ist nicht so leicht, da viele bis zur Unkenntlichkeit verstaumelt sind. Jede Oppauer Familie hat Tote zu beklagen, denn fast die ganze männliche Bevölkerung des Ortes arbeitete in der Fabrik. Überlebende erzählten, sie hörten ein Getöse, dann brachen Flammen aus und es erfolgte ein juchender Knall, daß die Erde in weitem Umkreise erzitterte. Gewaltige Wollen schwoogen und grünen Rauchsregen auf. Der Ort und seine Umgegend bieten den Anblick eines Schladfeldes. — Die Explosion, die schwerste dieser Art in Deutschland, richtete einen schätzenswerten Schaden von 150,000,000 Mark an. Ihre Entstehung wird von manchen Seiten der Entzündung von 1000 Tonnen Salpeter zugeordnet, welche man dort aufgestapelt und zur Feuergefährlich gehalten hatte; andere behaupten, es sei mit einer neuen Gasmischung experimentiert worden. — Eine Menge Personen sind infolge der Giftgase, die nach der Explosion aufstiegen, erblindet. 40 Erblindete wurden bis 23. Sept. nach Heidelberg gebracht. Noch an diesem Tage wurde unter den Trümmern nach Leichen gesucht. Das Bergungswerk wurde dadurch erschwert, daß sich der ungeheure Trichter, der sich an der Stelle der Explosion bildete, mit Wasser füllte. Man schätzt die Zahl der Umgekommenen auf 1200.